

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

| | |
|--|--|
| Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik | Datum 20.11.2007 |
| | Schriftführer Willi Schmitz |
| | Telefon-Nr. 02202/141382 |
| Niederschrift | |
| Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr | Sitzung am Donnerstag, dem 8. November 2007 |
| Sitzungsort | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) |
| Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | 17:10 Uhr - 19:44 Uhr |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| Tagesordnung | |

- A Öffentlicher Teil**
- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
 - 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.09.2007 - öffentlicher Teil**
 - 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.09.2007 - öffentlicher Teil - 573/2007**
 - 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
 - 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 6. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008
583/2007**
 - 7. Straßenausbau Kippekausen
560/2007**
 - 8. Beschluss zur Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2007 der Stadt Bergisch Gladbach
574/2007**

9. **Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung zum Schutz von Naturdenkmälern innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und im Geltungsbereich der Bebauungspläne im Rheinisch-Bergischen-Kreis
hier: Beschluss der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach
567/2007**
10. **Straßenausbau Steinbacher Weg
562/2007**
11. **Erneuerung und Sanierung der Auslaufmessung des Klärwerks Beningsfeld
537/2007**
12. **Teilsanierung von Pumpen und Steuerungen in Pumpstationen;
Instandsetzung der Pumpstationen Kalmüntzen, Im Drosselhain, Gronewald,
Neuenhaus, Kaltenbroich und Unterheider Weg
538/2007**
13. **Verkehrssituation Gladbacher Straße
Anregungen und Beschwerden des Herrn Michael Büch, Gladbacher Straße 60,
51429 Bergisch Gladbach, vom 31. 01. 07
580/2007**
14. **Anregung gem. § 24 GO, die vorhandene Verkehrsinsel in der Handstraße Einmündung Ludwig-Quidde-Straße durch eine Fußgängerlichtsignalanlage zu ersetzen
Antragstellerinnen:
Susanne Schneck, Carl-von-Ossietzky-Straße 34, 51469 Bergisch Gladbach, Angelika Paulat, Ludwig-Quidde-Straße 13, 51469 Bergisch Gladbach
554/2007**
15. **Parksituation Bärbroicher Straße
Anregungen und Beschwerden vom 15. 06. 07
558/2007**
16. **Antrag der Fraktion KIDinitiative vom 27. August 2007 zur Änderung der Richtlinien über die sonstige Benutzung von Straßen, den Entgelttarif unter Punkt 5.21 von €0,25 auf €0,30 anzuheben und unter Punkt 5.31 von €1,00 auf €2,00 pro Tag anzuheben
564/2007**
17. **Parksituation Neuenweg
Antrag der CDU-Fraktion vom 03. 09. 2007
556/2007**
18. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.10.2007 zur Errichtung einer Lärmmessstation für Fluglärm in Bensberg
578/2007**
19. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.09.2007 - nichtöffentlicher Teil -**
- 2. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Waldschmidt, eröffnet die 26. Sitzung in der siebten Wahlperiode und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- und fristgemäß einberufen wurde. Darüber hinaus stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und begrüßt die anwesenden Gäste sowie die Vertreter der Presse.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.09.2007 - öffentlicher Teil

@-> Herr Rosen erinnert an seine Anfrage aus der letzten Sitzung zur Frage der zukünftigen Sanierungen an Schulgebäuden. Hierzu läge ihm bis zum heutigen Tag noch keine Antwort vor.

Diesbezüglich weist Herr Schmickler darauf hin, dass er diese Anfrage an den für den Hochbau zuständigen Fachbereich weitergeleitet habe. Von dort sei ihm nochmals der seinerzeit genannte Betrag der zukünftigen Investitionen bestätigt worden. Er sagt zu, wegen der gewünschten Liste nochmals nachzuhaken.

Im Übrigen wird die Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.09.2007 – öffentlicher Teil – einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.09.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.09.2007 – öffentlicher Teil – zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass er angesichts der umfangreichen Tagesordnung für die Dezember-Sitzung beabsichtigt, den Beginn dieser Sitzung um eine Stunde auf 16.00 Uhr vorzuziehen. Soweit im Rahmen der Sitzung dann erkennbar werde, dass die Sitzung länger als drei Stunden dauert, werde er um 19.00 Uhr eine etwa halbstündige Sitzungspause einlegen, um die noch verbleibenden Tagesordnungspunkte im Anschluss an die Pause abzuarbeiten.

Diesbezüglich erklärt Herr Ziffus, dass dieser frühere Sitzungsbeginn bei ihm als Lehrer zwangsläufig zu Unterrichtsausfall führe. Ein solch früher Sitzungsbeginn sei für ihn nicht machbar.

Herr Rosen erklärt, dass ein solch früher Beginn der Sitzung für ihn als Auszubildenden ebenfalls zu Problemen führt, zumal man auch die berechtigten Arbeitgeberinteressen berücksichtigen müsse.

Für Herrn Waldschmidt ist es von großer Bedeutung, im Rahmen der Sitzung geordnete Diskussionen durchführen zu können. Dies sei bei einer vermeintlichen umfangreichen Tagesordnung wie im Dezember nur durch einen früheren Beginn bzw. eine Sitzungspause zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund bittet Herr Dr. Fischer um Prüfung, inwieweit bei einer längeren Sitzung einzelne Tagesordnungspunkte in eine Sondersitzung des Ausschusses verschoben werden könnten.

Frau Kreft weist darauf hin, dass die Verschiebung des Sitzungsbeginns um eine Stunde angesichts der umfangreichen Tagesordnung eine Ausnahme darstellt und man zudem nunmehr aufgrund der Ankündigung genügend Zeit habe, sich evtl. durch eine/n Stellvertreter/in vertreten zu lassen, wenn man aus beruflichen Gründen an der Sitzung nicht von Beginn an teilnehmen könne.

Herr Ziffus erklärt für seine Fraktion, dass dies nicht realisierbar sei. Dies habe zur Folge, dass man die ersten Tagesordnungspunkte nicht mitbekäme. Aus diesem Grund bittet er den Vorsitzenden nochmals über die Verschiebung nachzudenken.

Unverständnis hierfür zeigt Herr Sprenger, da es seiner Ansicht nach möglich sein müsse, aus der Liste der Stellvertreter eine Person zu finden, die bis 17.00 Uhr an der Sitzung teilnehmen könne.

Aufgrund der vermeintlich umfangreichen Tagesordnung plädiert Herr Dr. Steffen ebenfalls für eine eventuelle Sondersitzung, um so eine ordnungsgemäße Diskussion der einzelnen Tagesordnungspunkte zu erreichen.

Herr Waldschmidt verweist nochmals darauf, dass eine mögliche Pause bei einem Beginn der Sitzung um 16.00 Uhr dazu führen würde, dass die Sitzung zu einem angemessenen Zeitpunkt beendet werden kann und nicht kurz vor Mitternacht.

Für die Fraktion KIDitiative erklärt Herr Rosen, dass es im Gegensatz zu den großen Fraktionen bei ihnen nicht möglich sei, eine ausreichende Zahl von Stellvertretern zu benennen.

Abschließend erklärt Herr Waldschmidt, dass er die Möglichkeit einer Sondersitzung ebenfalls schon in Betracht gezogen habe. Diese Möglichkeit scheitere jedoch am engen Terminplan der Sitzungen im Dezember.

Für den Fall eines früheren Sitzungsbeginns kündigt Herr Ziffus einen Einspruch wegen Beschneidung seiner Mitwirkungsrechte an.

Sodann erklärt Herr Schmickler, dass man bei der Aufstellung des Entwurfs der Ta-

gesordnung für Dezember alle Sachpunkte, die verschiebbar waren, bereits jetzt von der Tagesordnung genommen habe. Aus diesem Grunde stünden lediglich Tagesordnungspunkte auf dem Programm, die laufende Baumaßnahmen – Kippekausen – bzw. notwendige Satzungsänderungen zum 01.01.2008 beinhalten oder sich mit dem Haushalt bzw. den Wirtschaftsplänen 2008 befassen. Angesichts der anschließenden Beschlussfassung durch den Rat in der Sitzung am 18.12.2007, die im Übrigen um 15.30 Uhr beginne, sowie des engen Sitzungskalenders sei eine Sondersitzung vor der Ratssitzung nicht realisierbar. Eine frühere Einbringung einzelner Tagesordnungspunkte sei u.a. auch an der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement gescheitert, die ohne zusätzliches Personal bewerkstelligt werde. Im Übrigen hätten in der Vergangenheit Sitzungen in begründeten Einzelfällen schon einmal eine Stunde früher begonnen, ohne dass dies Probleme bereitet hätte.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Herr Schmickler berichtet über den Stand der Dinge in Sachen Organisationsuntersuchung im Fachbereich Umwelt und Technik. Angesichts der Mehrbelastung der Mitarbeiter des Fachbereiches Finanzen durch die Einführung des NKF erhalte man die erforderlichen betriebswirtschaftlichen Daten derzeit nicht, so dass hierdurch in dieser Sache eine Verzögerung eingetreten sei.

Des Weiteren erinnert er an den Antrag der FDP-Fraktion zur Verkehrsuntersuchung im Bereich Kaule. Dort gebe es zwar zwischenzeitlich eine endgültige Version der Bauvoranfrage für die Ansiedlung der Fa. Lidl, jedoch müsse man in der Frage der verkehrlichen Erschließung noch einige Gespräche führen.

Abschließend berichtet Herr Schmickler über die Informationsveranstaltung des Abwasserwerks am 27.10.2007 in Sachen § 45 BauO NRW. Mindestens 600 Besucher hätte die Veranstaltung besucht und sich über das Gemeinschaftsprojekt, u.a. mit der unteren Wasserbehörde und der Kreishandwerkerschaft, informiert. Das gesamte Informationsmaterial einschließlich der Liste zertifizierter Betriebe sei zwischenzeitlich im Internet auf der Seite des Rheinisch-Bergischen-Kreises verfügbar.

<-@

6 Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008

@-> Herr Waldschmidt erklärt, dass diese Mitteilungsvorlage auf seinen Wunsch hin auf die Tagesordnung genommen worden sei, da ihm zwischenzeitlich zwei Bürgeranträge mit Änderungswünschen zum Verzeichnis bekannt seien. Aus diesem Grund bittet er, Änderungswünsche aus den Reihen der Fraktionen rechtzeitig vor der Dezember-Sitzung unmittelbar an den Abfallwirtschaftsbetrieb zu richten, damit diese im Rahmen der Änderung des Verzeichnisses geprüft werden können.

Herr Lang verweist darauf, dass ihn erneut ein Satz in der Vorlage störe. Demnach habe ein Bürger beantragt, für die Bach- bzw. Brahmsstraße den Winterdienst herauszunehmen. Die Verwaltung wolle diesem Wunsch aber nicht entsprechen. Er erinnert daran, dass ausschließlich der Rat eine Änderung der Satzung vornehmen könne und es daher der Verwaltung nicht zustehe, Entscheidungen vorweg zu nehmen.

Dem stimmt Herr Waldschmidt zu, jedoch sehe er die Mitteilung der Verwaltung lediglich als Vorschlag in dieser Sache.

Abschließend verweist Frau Schneider darauf, dass es sich bei diesem Punkt lediglich um einen Änderungswunsch eines einzelnen Bürgers handelt. Im Übrigen habe der Rat bereits über diesen Punkt entschieden, indem man beschlossen habe, in diesen Straßen den Winterdienst durch die Stadt durchführen zu lassen.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Ausführungen der Vorlage zur Kenntnis.

<-@

7

Straßenausbau Kippekausen

@-> Die Einschaltung eines externen Gutachters auf Wunsch der Bürger durch die Verwaltung begrüßt Herr Mömkes. Er hofft, dass das Gutachten bis zur kommenden Sitzung des Ausschusses im Dezember vorgelegt werden kann, um dann eine abschließende Entscheidung in der Sache treffen zu können.

Herr Lang erinnert daran, dass seine Fraktion die Veranlagungstaktiken der Verwaltung bereits des Öfteren angezweifelt habe. So werde ein durch die Stadt verursachter Instandhaltungsstau in der maßgeblichen Kommentierung als nicht beitragsfähig angesehen. Diese Voraussetzung liege seiner Ansicht nach in der Straße Kippekausen, auch bedingt durch Arbeiten der Belkaw, vor. Insofern äußert er nochmals Bedenken an der beabsichtigten Abrechnung nach § 8 KAG und warnt die Verwaltung, die Angelegenheit zu leicht zu nehmen. Im Hinblick auf die Bürgerversammlung regt er an, Abstimmungen - wie dort geschehen - nicht zu unterbinden, da hierdurch der Bürgerwille zum Ausdruck gebracht wird. Des Weiteren äußert er sein Unverständnis über den Ablauf des Verfahrens insgesamt.

Hierzu verweist Herr Schmickler auf die Beschlusslage zu den Bürgeranträgen aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden. Darüber hinaus sei eine Abstimmung in der Bürgerversammlung von vornherein nicht vorgesehen gewesen, da man ansonsten u.a. eine Anwesenheitskontrolle hätte durchführen sowie nach Mietern bzw. Eigentümern unterscheiden müssen. Hierfür habe man im Rahmen der Bürgerversammlung kein Personal bereitstellen können. Darüber hinaus sei eine Abstimmung ohne Vorbereitung durch die Verwaltung nicht praktikabel und repräsentativ. Im Hinblick auf die Baumaßnahme der Belkaw sei bewusst eine provisorische Wiederherstellung gefordert worden, um so im Hinblick auf den seinerzeit bereits beschlossenen Ausbau eine finanzielle Beteiligung am Ausbau zugunsten der Anliegerbeiträge zu erreichen.

Aufgrund der zuvor genannten Schwierigkeiten spricht sich Herr Dr. Steffen ebenfalls gegen eine Abstimmung im Rahmen der Bürgerversammlung aus. Auch empfiehlt er, die Ergebnisse des Gutachtens abzuwarten, wobei angesichts des Alters der Straße eine Erneuerung zu erfolgen habe. Allerdings halte er eine Trennung des Ausbaus bezogen auf die Fahrbahn einerseits und die Gehwegs andererseits für fraglich, da diese höhere Kosten verursache als ein Komplettausbau. Er möchte daher wissen, ob den Bürgern seinerzeit verschiedene Ausbauvarianten vorgestellt worden seien, darunter auch eine kostengünstige. Nach den Ausführungen in der Bürgerversammlung habe er verstanden, dass die gesamte Beleuchtung in der Straße erneuert werde. Dem Protokoll der Bürgerversammlung sei zu entnehmen, dass dies nur teilweise gesche-

hen solle. Um die Wurzeln der Bäume zu schützen, bittet er weiterhin darum, im Rahmen des Ausbaus kein Baumaterial im Bereich der Baumscheiben zu lagern.

Ebenso wie Herr Mömkes spricht sich Herr Dr. Fischer dafür aus, die Ergebnisse des Gutachtens abzuwarten. Seiner Ansicht nach seien die Ergebnisse des Gutachtens eine gute Basis für die Argumentation der Notwendigkeit dieser Ausbaumaßnahme gegenüber den Bürgern.

Herr Ziffus erinnert im Zusammenhang mit der Kanalbaumaßnahme an das Hochwasser in der Innenstadt Bergisch Gladbach 2001 und 2002. An diesem Beispiel sei erkennbar, wie notwendig eine Erweiterung des Kanalnetzes sei, sofern ein akuter Handlungsbedarf nachgewiesen wird. Insofern gebe es im Fall Kippekausen keine Alternativen zu einem Ausbau der Straße im Anschluss an den Kanalbau. Auch sei die bereits beschlossene Ausbauvariante für ihn nachvollziehbar, da die Fahrbahn eine Breite von 5,50 Metern aufweise und so Begegnungsverkehr jederzeit möglich sei. Darüber hinaus seien die Baumscheiben in der Straße bereits vor der Ausbaumaßnahme vorhanden gewesen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Lang erinnert Herr Mömkes daran, dass die Verwaltung sehr wohl auf die Sorgen der Bürger eingegangen ist, in dem man den Gutachter, der von den Bürgern befürwortet worden sei, beauftragt habe. Ergänzend zum Protokoll der Bürgerversammlung bittet er jedoch darum, die Schwelle im Bereich der Einmündung auf dem Schmillenberg zu beseitigen, da dies in der Versammlung mehrheitlich so gewünscht worden sei. Stattdessen schlägt er vor, an dieser Stelle eine Markierung auf der Fahrbahn zu errichten, um so weiterhin eine Querungshilfe zum Friedhof zu ermöglichen.

Abschließend weist Herr Hardt darauf hin, dass die Kosten für die Erneuerung der Beleuchtung insgesamt in die Beitragsabrechnung mit einfließen, jedoch lediglich ein Anteil von 50 % nach KAG auf die Anlieger umgelegt wird.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Ausführungen aus der Vorlage zur Kenntnis.

<-@

8 Beschluss zur Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2007 der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Unter Hinweis auf die Vorlage bittet Herr Rosen um Auskunft, ob angesichts der Wiedervorlagefrist von 5 Jahren nicht bereits 2011 eine Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes erfolgen müsse.

Herr Dr. Steffen erinnert daran, dass aufgrund der beabsichtigten Erhöhung der Gewässergüte in naher Zukunft eine Reihe von Maßnahmen zur Regenwasserklärung vorzunehmen seien. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen, welche Maßnahmen in dieser Hinsicht bei den Überläufen der Mischwasserkanalisation im Bereich des Frankenforstbaches geplant seien oder ob in Zukunft mit einer Umstellung der noch vorhandenen Mischwasserkanalisation auf Trennkanalisation zu rechnen sei.

Frau Kreft möchte wissen, wie realistisch dieses umfangreiche Konzept einzuschätzen sei.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Fischer müsse man bei einem solchen Konzept angesichts der Kosten aufpassen, dass diese nicht aus dem Ruder liefen. Er verweist auf die Grafik zur voraussichtlichen Entwicklung der Abwassergebühren in den kommenden Jahren die einem enormen Anstieg zeige. Insofern spreche man bei diesem Punkt über erheblichen Belastungen für die Bürger in der Zukunft. Man habe sich in einem Arbeitskreis sehr ausführlich mit diesem Thema beschäftigt und hierzu dankenswerterweise eine Menge an Informationen vom Abwasserwerk erhalten. Jedoch sei man erstaunt darüber, dass es bundesweit unterschiedliche Regelungen zur Frage der Abwasserbeseitigung gebe, so dass aus seiner Sicht noch ein gewisser Spielraum bestehe, Maßnahmen, die möglicherweise entbehrlich seien, aus dem Konzept herauszunehmen. Insbesondere beträfe dies Maßnahmen der Regenwasserklärung und –rückhaltung. Insgesamt umfasse das Konzept Maßnahmen von rund 250 Mio. € Aufgrund dieses Umfangs sei er der Meinung, dass diese Angelegenheit im Rat zu entscheiden sei. Er stellt daher den Antrag, hierüber eine Entscheidung durch den Rat und nicht durch den Ausschuss einzuholen.

Für Herrn Ziffus lassen sich aus dem Abwasserbeseitigungskonzept die Konsequenzen aus der Siedlungspolitik der letzten Jahre erkennen. Durch die verstärkte Ausrichtung auf Einfamilienhausbebauung ergäben sich nunmehr erhöhte Kosten für die Sanierung der Regenwasserkanalisation von jährlich mindestens 125.000 € Diese Kosten würden über die Gebühren von der Allgemeinheit mit finanziert. Als Alternative zur Flächenzersiedlung seien seinerzeit mehrgeschossige Bebauungen in den Zentren geplant gewesen, die von der damaligen Ratsmehrheit gestoppt wurden. Stattdessen habe man sich für Flächenausdehnungen in den Randbereichen entschieden und dürfe sich daher nicht über die hieraus entstehenden Folgekosten beschweren. Zu berücksichtigen sei ferner, dass sich aufgrund des Sanierungsaufwandes die Kosten für die Straßentwässerung, die ab dem kommenden Jahr aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren seien, bis 2013 verdoppeln würden. Insofern müsse man seiner Ansicht nach dringend über Entsiegelungsprogramme nachdenken. Darüber hinaus möchte er wissen, inwieweit durch die Bakterien, die aus den Überläufen der Mischwasserkanalisation in die Bäche bzw. in die Trinkwasserschutzzone gelangen, Infektionskreisläufe ausgelöst werden. Ihm sei bekannt, dass die Belkaw ihr Trinkwasser z.B. nicht auf diese Clamydien hin untersuche.

Herr Sprenger erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese sich dem Vorschlag von Herrn Dr. Fischer auf Entscheidung durch den Rat anschließen könne.

Nach Auffassung von Herrn Lang könne es die Sache vereinfachen, wenn die Angelegenheit im Rat beschlossen würde, da nach seinen Berechnungen in der Zukunft die vierfache Gebühr zu erwarten sei. Er erinnert daran, dass er bereits mehrfach um einen Nachweis gebeten habe, welche in den vergangenen Jahren von den im Wirtschaftsplan veranschlagten Maßnahmen mit welchen Mitteln durchgeführt seien. Eine abschließende Antwort hierauf stehe noch aus. Aus diesem Grund stelle sich für ihn die Frage, warum so viele Gelder bereitgestellt werden müssten, letztendlich würden die Kosten über die Gebühren auf den Bürger abgewälzt. Ferner habe er in Erfahrung gebracht, dass der Anschluss- und Benutzungszwang früher auch für das Regenwasser gegolten habe. Inzwischen habe man auf höherer Ebene jedoch erkannt, dass dies Unsinn gewesen sei. Insofern verstehe er nicht, warum seitens des Abwasserwerks hier keine Aufklärungsarbeit geleistet wird, um den Bürger über Möglichkeiten der Regenwassernutzung bzw. –versickerung auf seinem Grundstück zu informieren.

Stattdessen habe das Abwasserwerk in seinem eigenen Fall auf eine einzuholende Genehmigung des Kreises zur Versickerung verwiesen.

Angesichts des bestehenden Zeitdrucks sowie der Tatsache, dass der Ausschuss das entscheidende Gremium sei, zeigt sich Frau Kreft über den Antrag auf Verschiebung in den Rat verwundert.

Im Hinblick auf die beantragte Vertagung erklärt Herr Schmickler, dass das Konzept ab 2008 benötigt werde. Eine Verschiebung wäre demnach allenfalls in die Ratssitzung am 18.12.2007 möglich. Angesichts der dort geplanten Verabschiedung des Haushalts für 2008 mit den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden bestehe seiner Ansicht nach keine Möglichkeit, diesen Tagesordnungspunkt in der gewünschten Form zu diskutieren. Eine Verschiebung in die dann folgende Ratssitzung in Februar 2008 sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, da in der Zwischenzeit kein rechtskräftiges Abwasserbeseitigungskonzept vorliegen würde, was wiederum weitere negative Folgen nach sich ziehe. Er bittet daher den Ausschuss ausdrücklich, in der heutigen Sitzung eine Beschlussfassung vorzunehmen. Ungeachtet dessen sei er bereit, das Konzept in einer der kommenden Ratssitzungen 2008 vorzustellen und dort entstehende Fragen zu beantworten, soweit dies mehrheitlich gewünscht werde.

Herr Wagner erklärt, dass nach dem alten Landeswassergesetz die Laufzeit des bisherigen Abwasserbeseitigungskonzeptes von 2002 bis 2006 gegangen sei. Nach Rücksprache mit der Bezirksregierung habe man festgelegt, dass das Abwasserbeseitigungskonzept ab 2007 nunmehr eine Laufzeit von 6 Jahren habe und von 2008 bis Ende 2013 gelte. Des Weiteren weist er darauf hin, dass eine nachgeschaltete Regenwasserklärung bei der Mischwasserkanalisation nicht vorgesehen sei, da sich die Regenwasserklärung ausschließlich auf den Trennerlass beziehe, wo hingegen bei der Mischwasserkanalisation auch Rückhaltungen vorgesehen seien. Zur Frage, wie realistisch die im Konzept aufgeführten jährlichen Investitionen seien, verweist er auf Seite 32. der Vorlage. Dort werde für die Jahre 2008 und 2009 von jährlichen Investitionen in Höhe von rund 25 Mio. € ausgegangen. Dies entspreche dem Stand der bislang beauftragten Investitionen für das laufende Jahr 2007. Aus diesem Grunde betrachte er Prognosen der folgenden Jahre, soweit die Randbedingungen wie Grunderwerb u.a. positiv verlaufen, als realistisch. Bezüglich der Frage von Herrn Ziffus verweist er darauf, dass diese Problematik der Verunreinigung relatives Neuland für die Behörden darstelle. Eine Studie, die die Problematik in aller Deutlichkeit belegt, sei ihm noch nicht bekannt, so dass er zum jetzigen Zeitpunkt auch nichts über irgendwelche Auswirkungen sagen könne. Grundsätzlich legt er Wert auf die Feststellung, dass eine Darlehensaufnahme durch das Abwasserwerk erst bei einer bevorstehenden Auftragsvergabe vorgenommen wird. Ferner weist er darauf hin, dass man in der Vergangenheit sehr wohl Aufklärungsarbeit im Hinblick auf die Versickerung von Regenwasser auf dem eigenen Grundstück geleistet habe. Allerdings finde die Versickerung auf dem eigenen Grundstück z.B. in Innenstadtbereichen ihre Grenzen, da hierdurch Schäden der Nachbargrundstücke nicht ausgeschlossen werden können. Anders verhalte sich dies bei großen Grundstücken mit ausreichender Versickerungsfläche. Darüber hinaus müsse auch für den Gebührenzahler berücksichtigt werden, dass die Stadt durch das Vorhalten einer entsprechenden Kanalisation eine Investition geschaffen habe, deren Kosten nach dem Solidaritätsprinzip auf alle Nutzer zu verteilen seien. Sofern sich deren Zahl reduziere, habe dies zwangsläufig eine Kostensteigerung für die verbleibenden Nutzer zur Folge.

Unter Bezugnahme auf seinen Antrag auf Verschiebung in den Rat möchte Herr Dr. Fischer wissen, ob eine Beschlussfassung im Zusammenhang mit dem Beschluss über den Wirtschaftsplan 2008 möglich sei oder ob eine Beschlussfassung über das Konzept ausschließlich bezogen auf das Jahr 2008 möglich sei, so dass über den darauf folgenden Zeitraum bis 2013 eine Beschlussfassung nach vorheriger Diskussion im Rat im Laufe des Jahres 2008 erfolgen könne. So sei gewährleistet, dass Kostensenkungen in den Folgejahren noch berücksichtigt werden könnten. Aus diesem Grund ändere er seinen soeben gestellten Antrag dahingehend ab, dass in der heutigen Ausschusssitzung nur eine Beschlussfassung für das Jahr 2008 erfolgen solle und der Rat in einer der kommenden Sitzungen über die Folgejahre einen Beschluss fasst.

Herr Ziffus weist daraufhin, dass es im Stadtgebiet vier Trinkwasserschutzzonen der Kategorie III b gebe. Während drei dieser Schutzzonen bis zu den Wasserscheiden gingen, würde die Schutzzone des Wasserwerks Refrath sowohl den Frankenforstbach als auch den Vürfelser Bach ausnehmen. Er möchte daher wissen, wann die Revision dieser Wasserschutzzone anstehe. Ferner bittet er um Mitteilung, warum ausgerechnet in diesem Fall die Wasserschutzzone nicht bis zur Wasserscheide ausgeweitet werde und welche Konsequenzen sich aus einer solchen Erweiterung für die elf Einleitstellen in diese beiden Bäche daraus ergeben könnten.

Von der Notwendigkeit eines Beschlusses in der heutigen Sitzung des Ausschusses als Fachausschuss zeigt sich Herr Sprenger aufgrund der vorhergehenden Ausführungen überzeugt. Weiterhin weist er aus eigenen Erfahrungen darauf hin, dass Bauwillige in Bergisch Gladbach auch durch die zuständigen Mitarbeiter des Abwasserwerks bzw. der Bauberatung bestens beraten werden. Dies gelte auch für Fragen, die im Rahmen möglicher Grundstücksversiegelungen gestellt würden.

Frau Kreft spricht sich dafür aus, das Konzept als Gesamtpaket in der heutigen Sitzung zu beschließen. Soweit Sachfragen bestünden, hätte man diese bereits im Vorfeld der Sitzung klären können bzw. in der Sitzung hierzu noch nachfragen können.

Im Hinblick auf die Fragen zur Wasserschutzzone erklärt Herr Wagner, dass er hierzu noch weitere Informationen einholen müsse. Darüber hinaus lägen für die Mischwasserreinleitungen Genehmigungen des Kreises vor. Zur Frage einer Ausklammerung des Jahres 2008 aus dem Beschluss erklärt er ferner, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Soweit bis zum Jahresende kein gültiges Abwasserbeseitigungskonzept vorläge, könnten sich hieraus Folgen wie z.B. eine höhere Abwasserabgabe sowie der Wegfall von Förderungsmöglichkeiten ergeben. Er habe Verständnis dafür, einzelne Punkte des Abwasserbeseitigungskonzepts ggf. zusammen mit den Fraktionen gegenüber den Aufsichtsbehörden zu hinterfragen. Diese Möglichkeit bestehe jedoch auch noch nach einem Beschluss über das Abwasserbeseitigungskonzept, soweit sich eine Forderung nach Ansicht des Abwasserwerks als überzogen herausstelle.

Herr Dr. Fischer weist aufgrund der bisherigen Wortmeldungen darauf hin, dass er das Konzept unabhängig von einem Beschluss gerne dem Rat vorgestellt hätte, um die Möglichkeit, einzelne Aspekte des Konzeptes nochmals zu hinterfragen, dort zu nutzen. So verweist er nochmals darauf, dass es offensichtlich keine landeseinheitlichen Regelungen bzw. Maßstäbe gebe. Soweit erkennbar sei, dass die Mehrheit des Ausschusses eine Verschiebung des Beschlusses in den Rat ablehne, mache ein diesbezüglicher Antrag keinen Sinn, so dass er seinen Antrag auf Verschiebung des Be-

schluss in den Rat zurückzieht. Ungeachtet dessen weist er darauf hin, dass man beantragen werde, das Abwasserbeseitigungskonzept im Frühjahr nochmals im Rat vorzustellen. Man behalte sich vor, einzelne Maßnahmen des Konzeptes nochmals kritisch zu hinterfragen.

Herr Waldschmidt bittet um Überprüfung der Möglichkeit, wonach sich interessierte Ratsmitglieder vorab im Rahmen eines gemeinsamen Termins beim Abwasserwerk über das Abwasserbeseitigungskonzept im Einzelnen informieren können.

Auf die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sich daraus ergebende Kontrolle des Bürgermeisters und der Verwaltung durch den Rat erinnert Herr Lang. Insofern sei er als Ratsmitglied verpflichtet, der Verwaltung kritisch gegenüber zu stehen. Er wünsche sich daher, dass auch die anderen Fraktionen der Verwaltung kritischer gegenüber stünden. Ferner erklärt er, dass er den Antrag auf Verschiebung in den Rat, den ursprünglich Herr Dr. Fischer stellen wollte, nunmehr in seinem Namen stellen möchte, da er interessiert sei, wie sich die CDU-Fraktion in diesem Falle verhalte.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass ein solcher Vertagungsantrag nach der Geschäftsordnung des Rates formal nicht gestellt werden dürfe, da er vorher schon zur Sache geredet habe. Ferner sei trotz des eventuell noch bestehenden Fortführungsbedarfs erkennbar, dass sich eine Mehrheit für den Beschlussvorschlag in diesem Ausschuss abzeichne. Auch habe man Vertrauen in die Verwaltung, dass diese den Ausschuss über wesentliche Änderungen im Konzept wie in der Vergangenheit auch informiere.

Angesichts der Ausführungen der Verwaltung spricht sich auch Herr Mömkes dafür aus, dass Konzept in Gänze zu beschließen.

Abschließend weist Herr Kierspel daraufhin, dass die Stadt auf einen Kanal-Anschlussgrad von 98,66 % zu Recht Stolz sein könne.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) und zwei Enthaltungen (FDP) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beauftragt die Verwaltung, die nach 53 Landeswassergesetz NW gegebene Abwasserbeseitigungspflicht auf der Grundlage des Abwasserbeseitigungskonzepts – Fortschreibung 2007 – Fassung vom Oktober 2007 zu vollziehen.

<-@

@-> <-@

9

Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung zum Schutz von Naturdenkmälern innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und im Geltungsbereich der Bebauungspläne im Rheinisch-Bergischen-Kreis hier: Beschluss der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Nach Ansicht von Herrn Mömkes sei es unglaublich, dass 5 Bäume nicht mit

aufgenommen wurden, die der Ausschuss und die Verwaltung gerne auf der Liste gesehen hätten. Von daher unterstütze seine Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Dr. Fischer zeigt sich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung erstaunt, da nach Kenntnis seiner Fraktion der Kreis bereits gestern den Beschluss gefasst habe, die Neufassung der Verordnung wie geplant umzusetzen. Unter Hinweis auf die Vorlage des Kreises, die ihm vorliege, habe dieser im Einzelnen begründet, warum die ergänzend vorgeschlagenen bzw. zurückgewiesenen Bäume nicht weiter unter Schutz gestellt werden sollen. Der Landschaftsbeirat habe die einzelnen Bäume zuvor im Beisein eines Mitglieds des BUND in Augenschein genommen und habe der Vorlage seiner Kenntnis nach einstimmig zugestimmt. Vor diesem Hintergrund stelle sich für ihn die Frage, warum hierzu noch ein Beschluss des Ausschusses erforderlich sei.

Hierzu erklärt Herr Dr. Steffen, dass der Landschaftsbeirat nur ein Gremium des Kreises sei. Zusammengefasst verliere der Kreis durch die Neufassung der Verordnung aufgrund der Sparmaßnahmen rund 50 % der Naturdenkmäler im sog. Innenbereich. Dies sei jedoch umso lächerlicher, als dass der jährliche Pflegeaufwand hierfür rund 30.000 € ausmache und der Kreis seinen Haushalt zu einem Großteil über die Kreisumlage, die von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erhoben wird, refinanziere. Zwar bleibe die Verkehrssicherungspflicht beim Kreis, jedoch dränge sich der Eindruck auf, dass durch diese geänderte Verordnung zukünftig die Möglichkeit versagt wird, neue Naturdenkmäler mit aufzunehmen. Aus diesem Grunde habe die Kreistagsfraktion seiner Partei gefordert, Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Er erinnert in diesem Zusammenhang nochmals an die städtische Baumschutzsatzung, die seinerzeit mit Stimmenmehrheit abgeschafft worden sei. Angesichts der zunehmenden Bürgerbeschwerden über die Fällung von Bäumen müsse man daher über die Wiedereinführung einer solchen Baumschutzsatzung nachdenken. Abschließend stellt er die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung in Aussicht.

Frau Schneider hält die Vorlage für ausgezeichnet. Auch sie befürwortet die Hereinnahme weiterer Bäume in die Verordnung aus Sicht der Stadt, da es sich hierbei um stadtbildprägende Bäume handele und bedauert, dass eine Baumschutzsatzung nicht mehr vorhanden sei, sodass aus diesem Grunde solche Fälle wie jüngst in der Laurentiusstraße vorkommen könnten.

Herr Ziffus verweist ebenfalls auf den Fall der Linde an der Laurentiusstraße, die im übrigen auf der Liste der zusätzlichen Vorschläge der Stadt gestanden habe sowie darauf, welchen Schaden die Wegnahme eines solch stadtbildprägenden Baumes anrichten könne. Hier zeige sich an einem Beispiel der Interessenkonflikt zwischen denen eines Grundstückseigentümers und denen der Allgemeinheit zum Erhalt eines Baumes. Er zeige auch, dass oftmals kein Verantwortungsbewusstsein im Sinne des Artikels 14 des Grundgesetzes vorhanden sei, so dass man sich wieder Gedanken über eine Novelle der Baumschutzsatzung machen müsse.

Erstaunt darüber, dass die Vorlage des Kreises bei der Verwaltung nicht bekannt sei, zeigt sich Herr Dr. Fischer. Dort werde ohne Ausnahme dezidiert dargelegt, warum die Bäume aus der Novellierung der Verordnung herausgenommen bzw. nicht mit auf die Liste aufgenommen werden. Einzige Ausnahme hiervon sei das Naturdenkmal an der Quelle in Kaltenbroich. Dieser Baum werde wohl zusätzlich mit in die Verord-

nung aufgenommen. Alle übrigen Änderungswünsche blieben seiner Ansicht nach wohl unberücksichtigt.

Herr Schmickler erklärt, dass die Vorlage des Kreises bei der Verwaltung nicht bekannt sei. Insofern bleibe der Beschlussvorschlag in der bevorstehenden Form bestehen.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt als Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach im Beteiligungsverfahren zur Neufassung der Verordnung zum Schutz von Naturdenkmälern den Abschnitt III der Vorlage.

<-@

@-> <-@

10 Straßenausbau Steinbacher Weg

@-> Frau Schneider befürwortet den Beschlussvorschlag der Verwaltung im Hinblick auf die Variante 2. Jedoch schlägt Sie vor, den Ausbau der Straße so lange zurückzustellen, bis möglicherweise durch eine Abrundungssatzung weitere Grundstücke mit in den Kreis der bebaubaren Grundstücke und somit in die Kostenverteilung aufgenommen werden können. Aus diesem Grunde beantragt Sie eine Verschiebung des Punktes in den Planungsausschuss mit der Bitte, für diesen Bereich eine Abrundungssatzung zu erlassen.

Eine Kostenschätzung der beiden Varianten vermisst Herr Rosen in der Vorlage. Er möchte daher wissen, wie groß die Differenz zwischen den beiden Varianten kostengemäß sei.

Für Herrn Lang stellt sich die Frage, wie im Fall eines Beschlusses noch dem Wunsch der Anlieger nach einem gemeinsamen Gespräch, wie in der Vorlage ausgeführt, nachgekommen werden könne und ob dies noch Sinn mache.

Herr Hardt erklärt, dass sich hinsichtlich der beiden Varianten nur marginale Unterschiede ergeben hätten. Gerade hierauf hätte man in einem gemeinsamen Gespräch mit den Anliegern eingehen können und auch aus diesem Grund ein Gespräch nach der Beschlussfassung durchführen können. Seiner Ansicht nach mache der Antrag von Frau Schneider zur Aufstellung einer Abrundungssatzung Sinn im Hinblick auf eine sich daraus ergebende Planungssicherheit. Auch würde der Anteil, den jeder einzelne Grundstückseigentümer zu tragen hätte, hierdurch geringer werden. Ein dringender Handlungsbedarf bestehe für den Bereich Verkehrsflächen derzeit nicht, da Hintergrund des Ausbaus die Verlegung der Druckleitung gewesen ist und die Verkehrssicherheit derzeit gegeben sei. Aus diesen Gründen könne man daher mit einer Vertagung leben.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Sacher, dass man dem Antrag auf Vertagung zustimmen werde. Er bittet jedoch um Prüfung, ob die geplanten Baumscheiben nicht den landwirtschaftlichen Verkehr in diesem Teilstück unter Umständen behindern.

Was konkret mit den Anliegern besprochen werden soll, möchte Herr Lang nochmals

wissen.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass seitens der Anlieger der Wunsch bestanden habe, den Ausbau vor dessen Beginn nochmals mit ihnen durchzusprechen, um evtl. Details abzustimmen. Ein solches Gespräch habe vor der heutigen Ausschusssitzung aus zeitlichen Gründen nicht mehr stattfinden können.

Herr Waldschmidt verweist auf den vorliegenden Verweisungsantrag in den Planungsausschuss zwecks Erlass einer Abrundungssatzung.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Darüber hinaus wird der Planungsausschuss gebeten, die Voraussetzungen für den Erlass einer Abrundungssatzung zu schaffen.

<-@

@-> <-@

11 Erneuerung und Sanierung der Auslaufmessung des Klärwerks Beningsfeld

@-> Herr Rosen möchte wissen, inwieweit die bisherigen Messergebnisse in der Vergangenheit zu einer höheren Abwasserabgabe geführt hätten und ob zukünftig niedrigere Werte zu erwarten seien.

Hierzu führt Herr Wagner aus, dass die bisherigen Werte für die Ermittlung der Abwasserabgabe hinreichend genau gewesen seien. Ungeachtet dessen müsse zukünftig die Einhaltung der zusätzlichen Forderungen aus der Selbstüberwachungsverordnung sowie durch die Bezirksregierung sichergestellt werden.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Durchführung der Maßnahme „Sanierung der Auslaufmessung des Klärwerkes“ auf der Grundlage der vorgelegten Kostenschätzung.

<-@

@-> <-@

12 Teilsanierung von Pumpen und Steuerungen in Pumpstationen; Instandsetzung der Pumpstationen Kalmünten, Im Drosselhain, Gronewald, Neuenhaus, Kaltenbroich und Unterheider Weg

@-> Herr Wagner verweist zunächst auf die Vorlage aus dem Jahre 2005, die lediglich einen engen Ausschnitt der Sanierungsmaßnahmen betrachtet habe. Nunmehr

habe man sich im Abwasserwerk verständigt, bei einer solchen Maßnahme den Blick nicht mehr nur auf einen Teil der Maßnahme zu richten, sondern diese insgesamt zu betrachten.

Dennoch bittet Herr Dr. Fischer um eine weitergehende Erläuterung der beabsichtigten Maßnahme.

Herr Sprenger bittet darum, im Rahmen der Niederschrift eine möglichst genaue Kostenschätzung der beabsichtigten Maßnahme beizufügen, um die Kostensteigerung auf das Vierfache transparent zu machen.

Eine solche Aufstellung sichert Herr Wagner zu. Es gebe hierzu eine Detailaufnahme über das, was defekt und was zu erneuern sei. Auch gebe es Aussagen des TÜV, die 2005 noch nicht vorgelegen hätten, welche Maßnahmen durchzuführen seien. Die ursprüngliche Zielsetzung der Maßnahme sei gewesen, lediglich den hohen Wartungsaufwand zu reduzieren. In diesem Zusammenhang habe sich dann jedoch herausgestellt, dass die bisherigen Pumpen ebenfalls ersetzt werden müssen. Hiervon sei man im ursprünglichen Ansatz zunächst nicht ausgegangen. Aus dieser Vorgehensweise habe man gelernt und werde in Zukunft solche Maßnahmen weitergehend betrachten.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr bei 14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) und 2 Enthaltungen (FDP) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Durchführung der Maßnahme „Instandsetzungen der Pumpstationen Kalmünten, Im Drosselhain, Gronewald, Neuenhaus, Kaltenbroich und Unterheider Weg“ auf der Grundlage der vorgelegten Kostenschätzung.

<-@

@-> <-@

13 **Verkehrssituation Gladbacher Straße**

Anregungen und Beschwerden des Herrn Michael Büch, Gladbacher Straße 60, 51429 Bergisch Gladbach, vom 31. 01. 07

@-> Frau Kreft weist darauf hin, dass es sich bei dieser Strecke um einen Bereich handele, der zum schnellfahren einlädt. Auch Sie fahre dort zeitweise „grenzwertig“. Ihrer Ansicht nach könne die Aufstellung einer stationären Geschwindigkeitsmessstelle Abhilfe schaffen, da eine andere Möglichkeit, die Situation zu entschärfen, nicht erkennbar sei.

Herr Sprenger erklärt für seine Fraktion, dass man sich der Vorlage der Verwaltung so anschließen könne. Allerdings bittet er in einem halben Jahr über den Fortschritt der beabsichtigten Maßnahmen in Form einer Mitteilungsvorlage unterrichtet zu werden. Auch weist er darauf hin, dass sich aus Fahrtrichtung Bergisch Gladbach etwa in Höhe der Bushaltestelle „Milchborntal“ eine kleine Delle in der Fahrbahn befindet, so dass dort die Gefahr bestehe, aus der Fahrbahn getragen zu werden. Offensichtlich baue der Antragsteller auch aus diesem Grunde gerade eine Mauer zum Schutz seines Grundstückes. Des Weiteren bittet er darum, zukünftig den Antragsteller über die weiteren Entwicklungen in der Sache z.B. der Bebauung des ehem. Car-Park-Geländes, auf dem Laufenden zu halten.

Für die Verwaltung erklärt Herr Schmickler, dass er in dieser Angelegenheit vor kurzem ein Schreiben an den Kreis gerichtet habe. Er gehe davon aus, dass sich in 2008 in diesem Bereich einige Veränderungen, u.a. durch die bevorstehende Bebauung des Car-Park-Geländes, ergeben werden. Auch stehe das noch fehlende Teilstück des Radweges entlang der Gladbacher Straße außerhalb der Ortsdurchfahrt auf der Prioritätenliste des Landesbetriebs Straßen NRW ganz oben, so dass kurzfristig mit einer Realisierung gerechnet werden könne. Ferner gebe es einen alten Beschluss, in Höhe der Bushaltestelle eine Querungshilfe zu errichten, zudem fehle im äußeren Bereich der Kurve der Bordstein. All diese Punkte müssten synchron ablaufen und stünden in den kommenden Tagen im Regionalrat zur Diskussion.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Messergebnisse der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung auf Seite 99 der Vorlage. Demnach sei die Situation insgesamt zufriedenstellend, da es mit rund 1% nur sehr wenige Geschwindigkeitsüberschreitungen gegeben habe. Dennoch habe der Kreis in 2008 Mittel für eine stationäre Geschwindigkeitsüberwachung angemeldet. Ob diese Mittel bereitgestellt würden, hänge letztendlich vom Kreistag ab. Auch erinnert er daran, dass die Stadt die mobile Geschwindigkeitsmessung ab dem kommenden Jahr selbst übernimmt, so dass an diesem Punkt häufiger gemessen würde als bislang. Dies gelte insbesondere dann, wenn die Unfallentwicklung in diesem Bereich wieder zunehme.

Nach Ansicht von Herrn Lang sei aus der Vorlage nicht erkennbar, welchen Vorschlägen des Antragstellers gefolgt werde, welchen nicht und ob der Antragsteller über die Maßnahmen informiert worden sei.

Hierzu erklärt Herr Widdenhöfer, dass die Beschilderung in diesem Bereich verbessert worden sei. Darüber hinaus erfolge eine Geschwindigkeitsüberwachung, diese soll auch in Zukunft intensiviert werden. Nicht folgen könne man in Abstimmung mit der Polizei einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h, eine optische Veränderung der Fahrbahn könne höchstens im Zusammenhang mit der Bebauung des ehemaligen Car-Park-Geländes erfolgen.

Auf Nachfrage von Herrn Ziffus, ob im Bereich der zukünftigen Einfahrt in das Car-Park-Gelände bzw. nach Lückerrath die Einrichtung eines Kreisverkehrs denkbar sei, erklärt Herr Hardt, dass er diese Anregung zuständigkeitshalber an den Landesbetrieb Straßen NRW weiter reichen werde. Jedoch sei davon auszugehen, dass dieser, wenn überhaupt, kurzfristig nicht zu realisieren sei.

Herr Waldschmidt erklärt, dass der Ausschuss die Mitteilungsvorlage der Verwaltung mit den Anregungen von Herrn Sprenger zur Kenntnis nimmt.

Ergänzend erklärt Herr Lang, dass seine Frage nach der Information des Antragstellers nicht beantwortet sei. Auch könne er nicht mit Sicherheit sagen, ob sich die Aussagen von Herrn Widdenhöfer so aus der Vorlage entnehmen ließen.

Diesbezüglich verweist Herr Widdenhöfer darauf, dass der Antrag ursprünglich im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt wurde. Hierzu sei eine entsprechende Vorlage erstellt worden und der Antragsteller, der im Übrigen in der heutigen Sitzung auch anwesend sei, habe seinen Antrag begründet. Darüber hinaus habe

es in den letzten Monaten einen ausführlichen Schriftverkehr gegeben, der dem Antragsteller auch bekannt sei.

<-@

14 **Anregung gem. § 24 GO, die vorhandene Verkehrsinsel in der Handstraße Einmündung Ludwig-Quidde-Straße durch eine Fußgängerlichtsignalanlage zu ersetzen**

Antragstellerinnen:

Susanne Schneck, Carl-von-Ossietzky-Straße 34, 51469 Bergisch Gladbach, Angelika Paulat, Ludwig-Quidde-Straße 13, 51469 Bergisch Gladbach

@-> Herr Dr. Müller begrüßt für die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag auf Errichtung der Ampelanlage.

Herr Rosen bittet darum, zukünftig bei Übersichten wie auf Seite 110 der Vorlage eine andere Darstellung der beiden Wege durch unterschiedliche Symbole vorzunehmen, damit diese besser voneinander unterschieden werden können. Weiterhin weist er darauf hin, dass sich entgegen der Auffassung der beiden Antragstellerinnen nichts an der Tatsache ändere, dass Grundschulkindern durch die Errichtung einer Ampelanlage automatisch verkehrstüchtig würden. Auch erinnert er an die Aussage des Bürgermeisters, dass für jede neue Ampel zwei bisherige Ampeln abgeschafft werden sollen. Vor diesem Hintergrund bittet er um Prüfung, ob nicht eine der beiden anderen Ampeln abgeschafft werden könne. Alternativ zum Vorschlag der Verwaltung biete sich seiner Ansicht nach auch an, die Querung über die Franz-Hitze-Straße durch eine Fußgängersignalanlage zu ersetzen, was er hiermit alternativ beantrage.

Für die CDU-Fraktion begrüßt Herr Mömkes ebenfalls die Einrichtung der Lichtsignalanlage, da eine Querungshilfe keine ausreichende Sicherheit für Kinder biete. Er geht jedoch davon aus, dass die Ampel als Bedarfsampel für Fußgänger eingerichtet werde, um so den Verkehrsfluss auf der B 506 nicht zu sehr zu stören.

Ebenfalls für die Einrichtung der Ampel spricht sich Herr Ziffus aus. Jedoch sei er dagegen eine der beiden anderen Ampeln zu beseitigen, da diese für die dort vorhandenen Fußgängerströme wichtig seien. Stattdessen schlägt er vor, alle drei Ampelanlagen zu koordinieren, um den Verkehrsfluss auf der Handstraße zu erhalten.

Herr Hardt verweist auf den Antrag zur Errichtung der Ampelanlage an der Theodor-Fliedner-Straße. Damals habe man sich genau für diese Stelle entschieden, da dort in Spitzenzeiten bis zu 100 Kinder in der Stunde die Straße kreuzen würden. Gleichzeitig habe man bei der nunmehr in Rede stehenden Stelle argumentiert, dass eine Querung der Handstraße in Höhe des Duckterather Weges bei vorherigem Kreuzen der Franz-Hitze-Straße möglich sei und dass das Aufkommen an dieser Stelle nicht so hoch sei. Darauf hin sei der Stadt von den Anliegern eine eigene Zählung mit einem höheren Ergebnis zur Verfügung gestellt worden. Dieses Ergebnis sei von der in diesem Jahr durchgeführten Zählung bestätigt worden, so dass durchaus Bedarf für eine weitere Ampel vorläge. Aufgrund des fehlenden Maßstabs in der Übersicht auf Seite 110 der Vorlage erklärt er, dass es einen Abstand von 250 – 300 Metern zwischen den beiden Ampelanlagen an der Theodor-Fliedner-Straße und an der Ludwig-Quidde-Straße gebe. Dieser zusätzliche Weg hin und zurück sei einem Grundschulkind nicht unbedingt zuzumuten, so dass man beabsichtige, beide Fußgängerampeln als Bedarfsampeln auszustatten. Die Wegnahme einer Ampel auf der Handstraße könne er nicht

empfehlen, da diese vor kurzem erst erneuert worden seien. Auch sei eine Koordinierung der Ampeln seiner Ansicht nach aus verschiedenen Gründen nicht empfehlenswert.

Ungeachtet dessen plädiert Herr Rosen nochmals dafür, die Querungshilfe an der Franz-Hitze-Straße durch eine Fußgängerampel zu ersetzen statt durch eine weitere Ampel auf der Handstraße den Verkehrsfluss dort zu beeinträchtigen.

Nach Ansicht von Herrn Hardt sei dieser Wunsch durchaus nachvollziehbar, jedoch müsse in diesem Fall die Ampel 50 Meter weit in der Franz-Hitze-Straße errichtet werden, was für die Schulkinder einen zusätzlichen Umweg bedeute.

Dagegen, eine Ampel auf der Handstraße wegfällen zu lassen, spricht sich Herr Lang aus. Für ihn sei diese Variante heute nicht debattierbar, so dass er sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung ausspricht.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag von Herrn Rosen um einen Antrag aus den Reihen der Mitglieder handelt, der in dieser Form in der Sitzung gestellt werden dürfe.

Herr Mömkes stellt fest, dass man die Verwaltung nicht gelobt, sondern sich lediglich dafür ausgesprochen habe, den vorhandenen Bürgerwunsch in deren Sinne umzusetzen.

Abschließend erklärt Herr Rosen, dass er seinen Antrag aufgrund der Ausführungen der Verwaltung zurück nehme. Man habe in diesem Zusammenhang lediglich eine Optimierung der Situation vor Ort erreichen wollen.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beauftragt die Verwaltung, im Einmündungsbereich Handstraße/Ludwig-Quidde-Straße/Heimtättenweg eine Fußgängerlichtsignalanlage zu errichten.

<-@

@-> <-@

15 Parksituation Bärbroicher Straße Anregungen und Beschwerden vom 15. 06. 07

@-> Herr Sacher beantragt für die CDU-Fraktion die Vertagung, da man in der Angelegenheit noch Beratungsbedarf habe. Ungeachtet dessen sei die Begründung zum Beschlussvorschlag sachlich falsch, da der Antragsteller beantragt habe, das Halteverbot komplett einzurichten um die Parklücke zu schließen und nicht, das Halteverbot komplett aufzuheben.

Warum sich der Ausschuss mit dieser Angelegenheit befassen müsse, wenn der Antragsteller nicht genannt werden möchte, möchte Herr Lang wissen.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass sich der Ausschuss mit einem solchen Antrag befassen müsse, selbst wenn der Antragsteller auf eigenen Wunsch nicht genannt werden möchte. Hierzu gebe es eine ausführliche schriftliche Stellungnahme der Verwaltung, die vor einiger Zeit im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zur

Kenntnis gegeben worden sei.

Ob der Name des Antragstellers der Verwaltung bekannt sei, möchte Herr Dr. Fischer wissen.

Dies wird von Herrn Schmickler bejaht. Darüber hinaus hätten die Fraktionen die Möglichkeit, diesen Namen auf Anfrage hin genannt zu bekommen.

Frau Kreft erklärt, dass ihre Fraktion der Vertagung zustimmen werde. Ungeachtet der Tatsache, dass es sich hierbei um einen Bürgerantrag handle, könnten derartige Anträge zukünftig auch von der Verwaltung aufgrund deren Kompetenz unmittelbar entschieden werden.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) den Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

<-@

@-> <-@

16 **Antrag der Fraktion KIDinitiative vom 27. August 2007 zur Änderung der Richtlinien über die sonstige Benutzung von Straßen, den Entgelttarif unter Punkt 5.21 von €0,25 auf €0,30 anzuheben und unter Punkt 5.31 von €1,00 auf €2,00 pro Tag anzuheben**

@-> Herr Mömkes beantragt in dieser Sache die Vertagung in die Dezember-Sitzung, da dort auch über den Tagesordnungspunkt Neufassung der Sondernutzungssatzung entschieden werde.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass die Neufassung der Sondernutzungssatzung voraussichtlich erst im kommenden Frühjahr behandelt werde.

Für seine Fraktion als Antragstellerin erklärt sich Herr Rosen diesbezüglich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

<-@

17 **Parksituation Neuenweg**
Antrag der CDU-Fraktion vom 03. 09. 2007

@-> Herr Sprenger begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass die Bürger des Neuenwegs an seine Fraktion herangetreten seien und um Verbesserung der Parksituation gebeten hätten. Er sei jedoch verwundert, dass der ihm im Vorfeld vorgelegte Planentwurf das Datum 2003 trage.

Den Antrag begrüßt ebenfalls Herr Dr. Fischer. Er erinnert daran, dass das Thema in der Vergangenheit schon einmal behandelt worden sei und damals von der Verwaltung mit dem Hinweis, es bestehe kein dringender Handlungsbedarf, abgelehnt wor-

den sei. Offensichtlich bestehe dieser Bedarf nunmehr, zumal im Bereich der Verlängerung Ferdinand-Schmitz-Straße bereits eingezeichnete Parkmöglichkeiten vorhanden seien.

Herr Rosen begrüßt die Schaffung der Parkflächen, weist gleichzeitig jedoch darauf hin, dass seiner Ansicht nach genügend Stellflächen auf Privatgrundstücken vorhanden seien.

Herr Hardt weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits im Jahr 2003 eine entsprechende Prüfung durchgeführt, jedoch nicht umgesetzt habe. Mit der Markierung der Stellplätze würde man in einem zweitstufigen Verfahren vorgehen. Die Erfahrung zeige, dass sich die Anlieger in der Regel an eine solch beabsichtigte Markierung halten würden, so dass längere Ausweichstellen für den Begegnungsverkehr entstehen würden. Sollte sich dennoch herausstellen, dass vermehrt außerhalb der markierten Stellflächen geparkt werde, würde ein sog. Zonen-Halteverbot vorgeschlagen. Dies wäre jedoch mit einer Reduzierung der Anzahl an Stellplätzen gegenüber der bisherigen Regelung verbunden.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007 auf Errichtung von alternierenden Parkbuchten in der Straße „Neuenweg“ in Bensberg wird entsprochen.

<-@

18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.10.2007 zur Errichtung einer Lärmmessstation für Fluglärm in Bensberg

@-> Herr Ziffus bemängelt, dass in der Vorlage keine Ergebnisse der vorhandenen Messstation der Lärmschutzgemeinschaft genannt worden seien. Gerade die Tatsache, dass die Verwaltung keine Messergebnisse wiedergebe, lasse die Notwendigkeit der Errichtung einer städtischen Messstation erkennen, um jederzeit auf entsprechende Ergebnisse, z.B. auf der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach, zurückgreifen zu können. Er selbst habe aufgrund eigener Beobachtungen feststellen können, dass die startenden Flugzeuge sich nicht an die vorgegebene Route halten, sondern davon in letzter Zeit verstärkt in Richtung Refrath/Frankenforst abweichen. Insofern müsse man auch in Interesse der Bürgerschaft Verständnis dafür haben, die Station wieder in städtische Hände zu übernehmen. Aus diesem Grund bittet er darum, den Antrag in die kommende Sitzung zu verschieben, um dort darüber im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts für 2008 zu entscheiden.

Herr Dr. Fischer verweist auf seine Anfrage in der letzten Ratssitzung zur Zunahme des Fluglärms in Bensberg. Hierzu habe man ein Schreiben von der Verwaltung einschließlich entsprechender Messergebnisse der Messstation erhalten. Demnach hätten sich die Werte Ende September an verschiedenen Tagen bis auf 80 db erhöht. Auch sei zugesagt worden, dass das Problem in der kommenden Sitzung der Fluglärmkommission erörtert werde. Er schlägt daher vor, diese Antwort einschließlich der Messergebnisse dem Protokoll der heutigen Sitzung beizufügen.

Eine Vertagung des Antrages hält Herr Mömkes für sinnvoll, zumal das Problem des Fluglärms allen Bürgerinnen und Bürgern bewusst sei.

Herr Lang weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt gefordert habe. Auch sei bekannt, dass die Haushaltsrechnung im kommenden Jahr ausgeglichen sein wird, so dass man sich dann nicht mehr in einem Nothaushalt befinde. Aus diesem Grunde könne sich der Ausschuss auch in der heutigen Sitzung bereits für die Errichtung der Messstation im kommenden Jahr aussprechen.

Frau Schneider erklärt, dass es heute schon Lärmmessungen gebe und dass in der Fluglärmkommission eben mit diesen Zahlen agiert werde. Auch erinnert sie daran, dass die Stadt vor rund einem Jahr die Messstation abgestoßen habe, um sie nicht mehr finanzieren zu müssen.

Für seine Fraktion beantragt Herr Dr. Steffen die Vertagung des Antrags in die kommende Sitzung im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts 2008 aus, da im kommenden Jahr die Karten des Haushalts neu gemischt würden.

Herr Schmickler erinnert an die Übernahme der Fluglärmmessstation durch die Lärmschutzgemeinschaft im vergangenen Jahr. Diese betreibe die Anlage nach wie vor. Sofern die Stadt Messdaten wünsche, würden diese auf Anforderung zur Verfügung gestellt. Bereits aus diesem Grunde sehe er nicht die Notwendigkeit, eine weitere Anlage anzuschaffen und durch die Stadt zu betreiben. Nicht nachvollziehen könne er jedoch die Aussage, dass die Daten der Gemeinschaft im Gegensatz zu den städtischen Daten nichts wert seien, auch damals habe man schon die Erfahrung machen müssen, dass sich der Flughafen nicht von den Werten der Stadt habe beeindrucken lassen.

Ergänzend erklärt Herr Widdenhöfer, dass der Flughafen insgesamt 17 offizielle Messstellen betreibe, davon liege eine auf dem Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach (Dach des Vinzenz-Pallotti-Hospitals). Nur diese Messstellen liefern Daten, die auch vom zuständigen Ministerium anerkannt würden und dem neuen Fluglärmgesetz entsprechen würden. Zusätzlich gebe es die nunmehr private Messstation Otto-Hahn-Straße 1 auf dem Dach des dortigen Hochhauses. In der Niederschrift zur Ratssitzung seien die Messergebnisse jedem Ratsmitglied zur Verfügung gestellt worden (*s. hierzu Anmerkungen TOP A 19 und der Anfrage von Herrn Lang in dieser Sache*). Ergänzend verweist er auf die Vorlage hierzu im Hauptausschuss, auch dort sei auf Messergebnisse dieser Station Bezug genommen worden. Zwar gebe es gewisse Unterschiede in der Auswertung der Daten, jedoch würden nur die Daten der offiziellen Station nach dem Fluglärmgesetz vom Ministerium anerkannt. Allerdings hätten auch die Aufzeichnungen der offiziellen Messstation ergeben, dass es in letzter Zeit eine nördliche Abweichung bei der Abflugroute über den Königsforst gebe. Deswegen werde es Ende November eine Konsensrunde unter Leitung der Deutschen Flugsicherung geben, um mögliche Alternativen zur Abweichung zu schaffen.

Abschließend erklärt Herr Ziffus, dass die städtischen Messungen zunächst stark von denen des Flughafens abgewichen seien. Im weiteren Verlauf habe sich jedoch eine Annäherung ergeben, was darauf zurückzuführen gewesen sei, dass die Werte des Flughafens zunächst nicht gestimmt hätten. Auch habe der Flughafen verstärkt darauf geachtet, dass die Flugroute eingehalten wird. Diesen Effekt gebe es bei einer rein privaten Station nicht, da diese keinen Druck auf den Flughafen ausüben könne. Wenn die Stadt wieder eine Messstation betreibe, sei demnach auch mit einer höheren

Beachtung durch den Flughafen zu rechnen. Ungeachtet dessen bittet er darum, dem Ausschuss zukünftig je Halbjahr einen Bericht über die Lärmentwicklung vorzulegen, wie dies früher bereits einmal der Fall gewesen sei, um so in der öffentlichen Diskussion besser argumentieren zu können.

Im Anschluss fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 3 Ja-Stimmen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB) bei 8 Nein-Stimmen (3 SPD, 2 CDU, FDP und KIDitiative) sowie 6 Enthaltungen (4 CDU, 2 SPD) den Beschluss:

Der Antrag auf Vertagung des Beschlusses wird mehrheitlich abgelehnt.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 3 Ja-Stimmen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB) bei 13 Nein-Stimmen (CDU, SPD sowie FDP) und einer Enthaltung (KIDitiative) den Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

<-@

@-> <-@

19 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Dr. Müller:

Ich habe eine Frage zur Verkehrsführung in der Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße. Wer hat sich ausgedacht, dass die Taxen über den Fußgängerbereich am Busbahnhof hinter dem Kundencenter der Wupsi kreuzen, um dann aus dem Busbahnhof aus dem Einfahrtsbereich für die Busse auszufahren? Meines Erachtens ist diese kuriose Planung dem Ausschuss in der Vergangenheit nicht vorgestellt worden.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass diese Lösung das Ergebnis eines hochkomplexen Ortstermins mit Vertretern der Stadt und der Polizei sei. Allerdings handele es sich lediglich um ein Provisorium, bis im Rahmen des Ausbaus dieses Stadtplatzes eine endgültige Lösung gefunden werde. Er weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Neubau des Busbahnhofs für die Taxen ursprünglich eine andere Lösung geplant gewesen sei. Diese sei jedoch an der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Taxi-Fahrer gescheitert, so dass man sich für die jetzige Lösung habe entscheiden müssen. Insofern müsse man kritisch beobachten, ob die nun gefundene Lösung sich bewähre oder ob hierdurch Probleme entstünden.

Herr Dresbach:

Ich hatte ca. vor einem Jahr eine Anfrage gestellt wegen nicht abbaubarer Rückstände von Medikamenten im Abwasser. Inwieweit ist das Klärwerk der Stadt hiervon betroffen?

Herr Ziffus:

Wenn man sich die Produktgruppen, die Handlungsfelder sowie die strategischen Ziele im Haushalt anschaut, fällt auf, dass in verschiedenen Produktgruppen Handlungsfelder fehlen bzw. den falschen Produktgruppen zugeordnet werden. Ich verweise insoweit auf meine Aufzeichnungen, die ich der Verwaltung überreiche und bitte um Mitteilung, warum diese Handlungsfelder und die sich daraus ergebenden strategischen Ziele in diesen Abschnitten des Haushalts fehlen.

Herr Schmickler erklärt, dass diese Fragen schriftlich beantwortet werden.

Herr Dr. Steffen:

Ich komme nochmals auf die zuvor bereits angesprochene Fällung der Linde an der Laurentiusstraße zurück. Da dies offensichtlich einen Verstoß gegen die Bauordnung darstellt, möchte ich mich nach dem Stand des Verfahrens erkundigen und bitte, die Ausschussmitglieder im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hierüber zu informieren.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Details hierzu bekannt seien. Er schlägt daher vor, die Mitglieder des Ausschusses hierüber schriftlich zu informieren, sobald nähere Informationen bekannt seien.

Herr Mömkes:

Ich hatte vor einiger Zeit bei der Verwaltung angefragt, ob es möglich sei, Bäume aus Ausgleichsmaßnahmen entlang der Straße Lustheide zu pflanzen. Seinerzeit wurde mir gesagt, dass dies im Jahr 2007 nicht mehr möglich sei. Ist jedoch geplant, im Jahr 2008 bzw. 2009 dort solche Pflanzungen vorzunehmen?

Werden die Aufpflasterungen in den Straßen von der Stadt regelmäßig kontrolliert? Ich habe in der Straße Vürfels an der Aufpflasterung vor der evangelischen Kirche eine sehr tiefe Delle am Fahrbahnrand festgestellt, durch die Radfahrer ggf. zu Fall kommen könnten. Ich bitte darum, diese Gefahrenstelle kurzfristig zu entschärfen.

Abschließend möchte ich anmerken, dass in der Ottostraße an der Bushaltestelle zur Straßenbahn offenbar eine Verstopfung des Sinkkastens für die Straßenentwässerung vorliegt.

Herr Hardt sagt zur zweiten Frage sowie in Bezug auf die Anmerkung zur Ottostraße eine Überprüfung der Angelegenheit zu.

Herr Kierspel:

Angesichts des Umfangs der Investitionen von rund 250 Mio. € im Zusammenhang mit dem Abwasserbeseitigungskonzept stellt sich für mich die Frage, ob hiermit eine Aufstockung des vorhandenen Personals im Abwasserwerk erforderlich wird?

Diesbezüglich erklärt Herr Wagner, dass man hierzu die derzeit laufende Organisationsüberprüfung abwarten müsse. Erst danach könne man erkennen, wie man das Abwasserwerk für die Zukunft am Besten aufstellt. Sofern erkennbar werde, dass man größere Maßnahmen nicht mehr nach außen vergibt, sondern kostengünstiger mit eigenem Personal durchführen solle, würde man den Ausschuss hierüber entsprechend informieren.

Herr Sprenger:

Mir sind zwei Stellen in der Innenstadt Bergisch Gladbach im Bereich der Bushaltestelle Markt bzw. in der Hauptstraße vor „Douglas“ aufgefallen, an denen das Pflaster durch Asphalt provisorisch ersetzt wurde. Welchen Zweck hat diese Maßnahme?

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass es sich um Rückstände aus Baumaßnahmen der RheinEnergie handele. Diese habe auf mehrfachen Nachfragen erklärt, dass man die

Stellen nochmals aufmachen müsste, so dass man das Pflaster noch nicht habe wiederherstellen können. Insgesamt sei die Stadt mit dieser Vorgehensweise sehr unzufrieden und habe dies bis in die höheren Etagen der RheinEnergie mehrfach schriftlich mitgeteilt.

Herr Sacher:

Auf der Sander Straße gibt es in Höhe Lohhecke aufgrund des dortigen Ausbaus eine provisorische Ampel. Diese Ampel wird in Richtung Bergisch Gladbach auf der rechten Seite durch parkende Autos regelmäßig verdeckt. Hier wäre es m.E. sinnvoll, auf einer Strecke von 15 – 20 Metern vor der Ampel ein Parkverbot einzurichten.

Herr Widdenhöfer sagt zu, dies zu überprüfen.

Herr Lang:

Ich bitte darum, alle Antworten auf Anfragen von Fraktionen allen anderen Fraktionen ebenfalls zur Verfügung zu stellen.

Hierzu erklärt Herr Waldschmidt, dass diese Antworten in der Regel dem Protokoll beigefügt seien, worauf hin Herr Lang erklärt, dass ihm die Antworten zum Thema Lärmmessung nicht bekannt seien.

Dies bezüglich erklärt Herr Widdenhöfer, dass die Antwort auf diese Anfrage dem Protokoll der letzten Ratssitzung beigefügt worden sei (*Anm.: Nach Auskunft des FB 1 konnte die Antwort der Druckversion des Protokolls aus der Ratssitzung am 20.09.2007 wegen Eingangs nach Drucklegung nicht mehr beigefügt werden. Dies wird jedoch zusammen mit der Vorlage für den Durchführungsbericht zur Ratssitzung am 18.12.2007 in der Einladung hierzu nachgeholt. Darüber hinaus ist die Antwort auf die Anfrage bereits jetzt im Ratsinformationssystem der Stadt im Internet einsehbar.*).

Herr Rosen:

Wir hatten eine schriftliche Anfrage wegen des Zustandes der Fußgängerbrücken an der Paffrather Mühle gestellt. Die Sanierung dieser Brücken sei nach Aussage der Verwaltung für das kommende Jahr geplant. Wir möchten wissen, wann im kommenden Jahr diese Maßnahme durchgeführt wird und ob die Verkehrssicherheit bis zu diesem Zeitpunkt aufrecht zu erhalten werden könne?

Herr Schmickler erklärt, dass man sich bemühe, durch regelmäßige Kontrollen mit provisorischen Maßnahmen die Verkehrssicherheit bis dahin aufrecht zu erhalten. Eine dauerhafte Sanierung sei für das kommende Frühjahr vorgesehen.

Sodann schließt der stellvertretende Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.42 Uhr.

<-@

Stellv. Vorsitzender

Schriftführer